

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1936

32 (7.2.1936) Zweites Blatt

Kurze Tagesübersicht

In Garmisch-Partenkirchen eröffnete der Führer die 4. Olympischen Winterspiele. Der Festakt im Skistadion gestaltete sich außerordentlich eindrucksvoll und feierlich.

Den sportlichen Anfang machten die Eishockeyspieler, wobei die deutsche Mannschaft den Amerikanern mit 0:1 unterlag. Kanada gewann gegen Polen 8:1 und Ungarn siegte über Belgien 11:2.

In Berlin ist Botschafter a. D. Dr. Solf, früherer Gouverneur von Samoa und Botschafter in Tokio, gestorben.

Für den ermordeten Landesgruppenleiter Gustloff fanden bei den Auslandsdeutschen in zahlreichen Städten Gedend- und Trauerfeiern statt.

Die furchtbare Winterkälte in den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat insgesamt 500 Todesopfer gefordert.

Der Sachverständigenausschuss für die Delsperre befahte sich am Donnerstag mit den Berichten der Unterausschüsse für Transportfragen und für Erbschaftssteuer. Ein Gutachten wird nicht vor März zu erwarten sein.

In einer Note an das Völkerbundsekretariat weist die englische Regierung die italienische Beschuldigungen zur Frage der Dum-Dum-Geschosse als unzutreffend zurück.

Der New-Yorker Finanzmann Chertof hat der abessinischen Gesandtschaft in London mitgeteilt, daß er jetzt in der Lage sei, Abessinien eine Anleihe in Höhe von einer Million Pfund zu gewähren.

Nichtfest der KdF-Halle in Garmisch-Partenkirchen

Die KdF-Halle in Garmisch-Partenkirchen feierte am Donnerstagabend ihr Nichtfest. Vor knapp 12 Tagen war der Platz neben dem neuen Rathaus noch eine große Wiese, heute steht auf demselben Platz ein riesiger Hallenbau, der von 350-400 Arbeitern förmlich aus dem Boden gestampft wurde. Viele Zehntausende schaffender Volksgenossen, die aus dem Reich während der Winterolympiade in Garmisch-Partenkirchen erwartet werden, werden in der KdF-Halle angenehmen Aufenthalt und gute billige Verpflegung finden.

Die Anregung zu dem großen Werk war von Reichsorganisationsleiter Dr. Ley ausgegangen, der in dem Gauleiter Staatsminister Adolf Wagner einen tatkräftigen Förderer des Planes fand. Girlanden und Fahnen gaben den würdigen Schmuck für das Nichtfest. An einem langen Tisch hatten die Ehrengäste Platz genommen, an der Spitze Dr. Ley, ihm zur Rechten Hr. Kirby, der Präsident der Freizeitbewegung in den Vereinigten Staaten, zur Linken Dr. Ley's ein Vorkler in seiner Tracht.

Musikstücke und eine Rede des Kreiswalters Roehrl namens der DAF leiteten die Feststunde ein. Dann feierte Regierungsbaumeister Knidberger die unerhörte Leistung, die mit diesem Werk vollbracht wurde, und brachte ein Siegel auf den deutschen Arbeiter aus. Ein Folier trug darauf in gebundener Sprache den herkömmlichen Richtspruch vor, der die Verbundenheit dieses Werkes mit den Olympischen Spielen und der Volksgemeinschaft zum Ausdruck brachte.

Den Höhepunkt des Abends bildete die Ansprache Dr. Ley's. Er sprach von der Olympiade der Arbeit, die in diesem großen Werk zum Ausdruck komme, sprach weiter von dem Wunsch, daß eines Tages alle Völker von diesem Geiste der Olympiade der Arbeit befeuert sein würden, und feierte die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ und die Deutsche Arbeitsfront, die der Welt ein Beispiel gäben von dem Geiste des neuen Deutschland, von dem Geiste der deutschen Arbeit und des deutschen Arbeiters. Zum Schluß gedachte Dr. Ley des Mannes, der das deutsche Volk herausgeholt hat aus Zwietracht und Klassenkampf, zusammenschweißend zu einzigartiger Gemeinschaft, des Führers Adolf Hitler.

Die weiblichen Klänge der nationalen Hymnen schlossen den Festakt. Der Rest des Abends war bayerischer Heimatkunst gewidmet.

Sondertreuhänder für die Zigarrenherstellung

Berlin, 6. Febr. Der Reichs- und preussische Arbeitsminister hat den Treuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Süddeutschland zum ständigen Sondertreuhänder der Arbeit für die deutsche Zigarrenherstellung bestimmt. Der Sondertreuhänder ist vor allem auch mit der Ueberprüfung, Anberung oder Neuerrichtung der Bezirkstarifordnungen insbesondere der Ortsklasseneinteilung in der deutschen Zigarrenherstellung beauftragt.

Der Verkehr nach Ostpreußen

Starke Eisenbahn-Einschränkungen durch den Korridor

Berlin, 6. Febr. Die polnischen Staatsbahnen haben mit Wirkung vom Freitag, den 7. Februar 1936, 0.01 Uhr, eine starke Einschränkung des Durchgangsverkehrs auf den Eisenbahntrecken zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reich angekündigt. Im Personen- und Güterverkehr sind daher von deutscher Seite besondere Maßnahmen für den eingeschränkten Zugverkehr getroffen worden.

Wie diese Maßnahmen zeigen, haben sich die Hoffnungen auf eine befriedigende Regelung der durch Transferierwierigkeiten im Durchgangsverkehr durch den Korridor aufgetauchten Fragen nicht erfüllt. Die Verhandlungen, die zwischen dem Reich und Polen in den letzten Tagen geführt worden sind, haben zu keinem Ergebnis geführt, da die deutschen Vorschläge von den Polen abgelehnt wurden. Es handelt sich um reine Transferierwierigkeiten bei der Abrechnung der für die Benutzung der polnischen Korridorstrecke von Deutschland an Polen nach dem Pariser Staatsvertrag vom 21. April 1921 zu leistenden Zahlungen. Denn die Summe an sich steht den Polen in deutscher Reichsmark zur Verfügung. Polen hat aber auf der Begleichung in Zloty bestanden.

Inzwischen sind von deutscher Seite alle Maßnahmen getroffen worden, damit trotz der Einschränkungen im Durchgangsverkehr für die Eisenbahnlinien, auf dem Wege über die See und durch die Luft die Aufgaben im Reise- wie im Güterverkehr zwischen Ostpreußen und dem Reich bewältigt werden können.

Der große Start

Die Olympischen Spiele 1936 haben begonnen

Als 1932 in Los Angeles die Olympischen Spiele feierlich geschlossen wurde, stiegen drei riesige Fahnen an himmelantreibenden Masten empor: die griechische als Huldigung für das Land, aus dem die Olympischen Spiele stammen und in dem sie 1896 zu neuem Leben wiedererweckt wurden, das Banner mit den Sternen und Streifen als Dank für das Gastland, in dem das Olympia stattgefunden hatte, und die deutsche Fahne als Gruß an das Land des Olympia 1936. Dreieinhalb Jahre sind seitdem verfloßen. Aber seit jenem Tage hat uns der Gedanke an die Olympischen Spiele 1936 nicht mehr verlassen, denn Deutschland war sich durch- aus der verpflichtenden Aufgabe bewußt, die es mit der Uebernahme und Durchführung der Olympischen Spiele auf sich genommen hat.

Nun ist es so weit: Der erste Teil der Olympischen Spiele, die in Garmisch-Partenkirchen ausgerollt werden, hat begonnen. Zwanzig Jahre und noch länger haben wir auf diesen Tag warten müssen, denn beim letzten Olympia 1912 wurde Deutschland als Stätte des Olympia 1916 gewählt. Der Weltkrieg hat alle Hoffnungen und Entwürfe vereitelt, zwei Jahrzehnte nach dem ursprünglich vorgesehenen Termin sieht nun Deutschland die fremden Gäste bei sich. Ein ganzes Land und ein ganzes Volk, an der Spitze sein gekürter Führer, legen sich für die würdige Durchführung der Olympiade ein. Es ist ja nicht so, daß es sich um Wettkämpfe irgendwelcher Sportarten ausschließlich handelte. Rame es nur darauf an, brauchte man nicht die unendliche Mannigfaltigkeit des Sportes auf eine große Veranstaltung zusammenzuerufen.

Man hat im dritten Jahrzehnt des zwanzigsten Jahrhunderts unendlich viel von der „völkervereinheitlichen“ Kraft des Sportes gesprochen. Leider nur gesprochen und nicht danach gehandelt. Denn als 1920 die Olympischen Spiele in Antwerpen vor sich gingen, war den Deutschen die Teilnahme untersagt. Als vier Jahre später Frankreich die Durchführung des nächsten Olympia in Paris übertragen wurde, lehnte das Gastland die Anwesenheit und Teilnahme deutscher Olympiaämpfer mit der Begründung ab, daß es die Sicherheit der Deutschen nicht gewährleisten könne. Das Verbot von der völkervereinheitlichen Kraft des Sportes hörte erst auf, als eine junge deutsche Kämpfergeneration auftrat und durch ihre Haltung und vor allem durch ihre Leistungen zeigte, daß wichtiger und vor allem nachhaltiger als die Phrase von der Völkervereinheitung die Tatsache der Völkerverbundenheit durch Kraft und Charakter sei.

Diese Erkenntnis muß am Eröffnungstage der Winterolympiade noch einmal unterstrichen werden. Was wir in Antwerpen und Paris erlebten, war eine Folge der unheilvollen Kriegssphäre, die zu jener Zeit noch nicht überwunden war. Sie gehört heute der Vergangenheit an, dafür ist ihr aber eine neue und schlimme Nachfolgerin entstanden, die bewußte Verleugung des neuen Deutschland. Die Schiffe von Damos am Vorabend des Olympia-Beginns zeigen mit grauenhafter Deutlichkeit, wie weit die neue Sphäre bereits vorgeschritten ist. Umso mehr begrüßen wir es in diesen Stunden, daß die Olympischen Spiele in Deutschland jedem, der zu uns kommt, die Gelegenheit verschaffen, selbst die Augen aufzutun und zu sehen, wie es in Wirklichkeit bei uns aussieht und um uns bestellt ist. Ganz von selbst wandelt sich der Spruch der Olympischen Spiele „Ich rufe die Jugend der Welt“ für uns um in die symbolische Fassung: „Deutschland ruft die Welt zu Zeugen auf.“

Nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der 49 Nationen, die sich im Sommer in Berlin zusammenfinden werden, hat entsprechend der beschränkten Vielsichtigkeit der Sportarten ihre Vertreter nach Garmisch-Partenkirchen entsandt. Aber sie sind es, das Olympia von 1936 mitzuführen und in seinem ersten Teile durchzuführen. Im klassischen griechischen Olympia war während der Spiele das Waffentragen verboten. Sie waren bewußt ein Fest des Friedens und eine Kundgebung der Gemeinschaft. Diese politische Bedeutung, die schon damals bestand, haben die neuerweckten Olympischen Spiele behalten. Ohne Waffen, nur mit den Fähigkeiten des Körpers und der geistigen Beherrschung ausgestattet, treten die Vorkämpfer der Nationen in die Wettkämpfe, symbolisch geeint durch die fünf ineinander verschlungenen Ringe des Olympischen Wahrzeichens. Sie werden sehen, daß das neue Deutschland ganz besonders dazu berufen ist, den olympischen Gedanken zu hegen und zu pflegen. Es hat die neue deutsche Jugend bewußt körperlich ertüchtigt und gestählt, nicht um Ueberwinden anderer heranzuziehen, sondern um Kämpfer des Friedens zu schaffen. Deswegen lehnen wir auch die frühere Refordjagd und das sportliche Startum ab. Nach unserer Auffassung sind die deutschen Teilnehmer nicht Vertreter irgend einer Sportart oder irgendwelcher Farben eines Klubs oder eines Verbandes, sondern Repräsentanten des ganzen deutschen Volkes. Wir hoffen, daß auch die übrigen Nationen den gleichen Grundgedanken huldigen.

Der Führer selbst eröffnete das Olympia 1936. Die Tatsache, daß das deutsche Staatsoberhaupt und der Führer des neuen Deutschlands dem friedlichen Wettkampf der Völker die Weihe des Beginns erteilt, bedeutet eine Fortsetzung der zahlreichen Friedenskundgebungen Adolf Hitlers seit dem Tage, an dem er Deutschland den Stempel seines Geistes aufdrückte. So grüßt Deutschland die Jugend der Welt!

Preußenhaus-Bibliothek im Reichstagsgebäude

Berlin, 6. Febr. Die Bibliothek der „Stiftung Preußenhaus“ ist jetzt nach vollzogener Umstellung in das Reichstagsgebäude für die Öffentlichkeit wieder zugänglich. Sieben Räume sind hier für die Bibliothek neu eingerichtet worden; zwei große Lesäle bieten die Möglichkeit zu vertieftem Studium. Den Hauptbestandteil der Bücherei bilden Werke der Rechtslehre, der Staatswissenschaften und der Geschichte. Außerdem enthält sie die vollständigen Parlamentsberichte Preußens und des Reiches, beginnend mit dem Bundestag des alten Reichstages und dem preussischen Landtag von 1847. Die Leitung der Bibliothek liegt in den Händen von Direktor Dr. Metzger. Mit der Eröffnung der Bibliothek ist jetzt auch das Reichstagsgebäude zum Teil wieder für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden.

Zeit Cure Heimatzeitung das „Durlacher Tagesblatt“

Botschafter a. D. Solf †

Berlin, 6. Febr. Im Alter von 73 Jahren ist in der Frühe des 6. Februar in Berlin der Botschafter a. D. Wilhelm Solf an den Folgen einer Lungenentzündung gestorben.

Seine amtliche Laufbahn war nicht alltäglich. Er trat am 10. Dezember 1888 in den Staatsdienst ein und wurde im Jahre 1900 erster deutscher Gouverneur von Samoa; er blieb dort bis zum Jahre 1911. Von November 1911 ab bis zum Jahre 1918 war er Staatssekretär des Reichscolonialamtes. In diesem Jahre übernahm er unter der Reichsfanzlerchaft des Prinzen Max von Baden des Auswärtigen Amt, das er bis zum Februar 1919 leitete. Im April 1920 erfolgte seine Ernennung, zunächst zum Geschäftsträger und dann zum Botschafter in Tokio. Dort hat er bis zum Jahre 1928 als deutscher Botschafter gewirkt und ist in dieser Zeit für Deutschlands moralische und wirtschaftliche Stellung in Ostasien mit großem Erfolg tätig gewesen. Auf besonderen Wunsch der japanischen Regierung blieb er auch nach Erreichung der Altersgrenze noch auf seinem Posten, um als Dozent des Diplomatischen Korps an den Krönungsfeierlichkeiten des Kaisers von Japan teilzunehmen. Ende 1928 trat er dann in den dauernden Ruhestand. Das Auswärtige Amt wird seinem Chef und langjährigen Botschafter stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Flugzeugzusammenstoß in München

München, 6. Febr. Am Donnerstag nachmittag gegen 16 Uhr stießen zwei Flugzeuge in etwa 1200 Metern Höhe nördlich von München zusammen. Durch den starken Nordwind wurden die beiden Flugzeuge über München abgetrieben. Die Besatzungen, je ein Pilot, sprangen mit Fallschirmen ab und konnten dem Vernehmen nach der eine in der Goerresstraße, der andere am Vittalienmarkt verhältnismäßig wohlbehalten zur Erde kommen. Das eine Flugzeug fiel in den Straßenzug Kaufinger-Neuhauser Straße gegen den Giebel der Alten Akademie und stürzte auf die belebte Straße herab. Es bohrte sich mit der Spitze tief in das Pflaster und ging sofort in Flammen auf. Das Flugzeug zerfiel die Oberteilung der Straßenbahn, wodurch auf Stunden der Straßenbahnverkehr in dem ganzen Viertel lahmgelegt wurde und kurzschluß eintrat. Nach den vorläufigen Berichten kamen bei dem Flugzeugabsturz zwei Fußgänger ums Leben, während vier schwer und vier leicht verletzt sind. Die Feuerwehr griff die Flammen mit Schaumlöschern an und beseitigte die Brandgefahr. Von dem Flugzeug blieben verbeulte Metallstücke und verbrannte Reste zurück. Das andere Flugzeug stürzte in der Parsifal-Straße in der Nähe des Schwabinger Krankenhauses zur Erde und wurde ebenfalls vollständig zertrümmert. Verletzt wurde hierbei glücklicherweise niemand.

Die Opfer des Flugzeugabsturzes in München

München, 7. Febr. Bei dem durch Flugzeugabsturz verursachten schweren Unglück in München wurden der 16jährige Sohn eines Verwaltungsinpektors aus München, Siegfried Hochrain, und eine alte Frau, deren Persönlichkeit noch nicht ermittelt ist, getötet. Letztere stammt wahrscheinlich auch aus München. Außerdem verstarb von den vier schwer verletzten Personen die Schlosserehefrau Anna Schröder aus Freimann bei München. Die drei Schwerverletzten liegen in der Chirurgischen Klinik. Sie sind alle drei in München oder dessen näherer Umgebung wohnhaft.

Zwischenfälle in Karlsbad

Polizei treibt sudetendeutsche Arbeitslose mit dem Gummiknüppel auseinander

Prag, 7. Febr. Die Sudetendeutsche Partei veranstaltete am Donnerstag in allen Bezirken des Wahlkreises Karlsbad Arbeitslosenkundgebungen, in denen Abgeordnete der Partei über den Existenzkampf des Sudetendeutschiums sprachen. In fast allen Bezirksstädten, mit Ausnahme von Eger, wo die Versammlung aufgelöst wurde, sind diese Kundgebungen ruhig verlaufen.

In Karlsbad war die Kundgebung, die für Donnerstag vormittag einberufen war, erst am Mittwochabend — aus „Gründen der öffentlichen Sicherheit“ — verboten worden, so daß die Sudetendeutsche Partei die Arbeitslosen nicht mehr von dem Verbot verläudigen konnte. Trotzdem ging die Polizei unter Anwendung des Gummiknüppels gegen Versammlungsteilnehmer vor und nahm 10 Personen fest, die später allerdings wieder freigelassen wurden. Der Abgeordnete der Sudetendeutschen Partei, Wollner, richtete an das Innenministerium ein Protesttelegramm. Die Sudetendeutsche Partei teilt mit, daß mehrere Personen leicht verletzt worden seien.

500 Todesopfer der Kälte in Amerika

Newport, 6. Febr. Die Kälte, unter der Amerika seit drei Wochen leidet, nimmt Formen eines sibirischen Winters an. Seit Jahrzehnten ereignete sich in Amerika kein derartiger Sturz der Temperatur. Heftige Witzards suchten den Mittelwesten heim. Der gesamte Auto- und Eisenbahnverkehr von Rocky Mountains bis zu den Alleghenies wurde lahmgelegt. Die Schneefürne erreichten in Grand Rapids im Staate Michigan eine Geschwindigkeit von 100 Stundenkilometer. Die Polizei spannte Seile über die Straßen. Diese wurden von den Passanten als Hilfe benutzt. In Michigan, Illinois und Wisconsin sind Straßen und Eisenbahngleise durch Schneemassen 4 bis 8,50 Meter tief unter den gewaltigen Eismassen begraben.

In vielen Städten des Mittelwestens sind die Nahrungsmittel bereits knapp geworden. Die Fleisch- und Eierpreise schnellten in die Höhe. Besonders der Milchmangel nimmt weiter zu. In den Großstädten mußten die Schulen geschlossen werden.

In Chicago treffen die Züge mit Verspätungen bis zu 24 Stunden ein. Seit Bestehen der Bahnen, so erklären die Behörden, sind derartige Verkehrsstörungen nicht aufgetreten. Bei Nachson im Staate Wisconsin froram Montag ein Schneeehe ein Schnellzug ein. 89 Fahrgäste konnten erst am Mittwochabend aus den vereisten Wagen befreit werden. In Norddalota im Staate Minneota sind zwei Güterzüge eingeschneit. Sie konnten bisher nicht erreicht werden. In der Hauptstadt des Staates Iowa, Des Moines, herrscht harter Kohlenmangel. Der Zugverkehr wurde beinahe völlig eingestellt.

Der Kälte sind bisher 500 Personen zum Opfer gefallen. Die Temperaturen bewegen sich zwischen 22 und 43 Grad Celsius minus. Im Süden und an der Pazifikküste dagegen ist Schneeschmelze eingetreten. Es droht Hochwassergefahr.

Der Mord in Davos

Wer trägt die Verantwortung?

In Davos hat die Kugel eines jüdischen Mordbubens eine verdienten deutschen Mann dahingerafft. Ueber die Gründe dieser ruchlosen Tat bestehen nach dem Eingeständnis des Mörders keine Zweifel. Er will mit ihr das gegenwärtige Regime in Deutschland treffen. Wenn man die Dinge zunächst einmal rein menschlich ansieht, muß man sich an den Kopf fassen und mit Entsetzen fragen: welche Verwirrung aller sittlichen Begriffe hat hier zur politischen Motivierung eines Verbrechens geführt, das eben zunächst einmal nichts weiter ist, als ein ganz gemeiner Mord? Wieso wird das gegenwärtige Regime in Deutschland getroffen, wenn ein ehrenwerter und mannhaft für sein Deutschtum Eintretender, der schließlich dieses Regime ja nicht geschaffen hat, der seit 19 Jahren im Auslande lebt, der allerdings an die neue Ordnung der Dinge in Deutschland glaubt und ihre Idee unter den in der Schweiz lebenden Auslandsdeutschen vertreten und verbreitet hat, einfach über den Haufen geknallt wird? Nimmt der Jude Frankfurter an, daß der Tod dieses Mannes, der ihn als neues Opfer in die Hunderte von Blutzeugen der nationalsozialistischen Bewegung einreißt, an dem Regime Deutschlands etwas ändert? So schmerzlich, rein menschlich gesehen, die Lücke ausfüllt, die dieser Mord reißt, so wenig kann sie irgendwie die geschlossene Front der Anhänger des Dritten Reiches durchbrechen oder auch nur beeinträchtigen.

Gegen den erschossenen Landesgruppenleiter Gustloff ist in der Schweiz seit Monaten geheizt worden. Im Nationalrat hat der Sozialdemokrat Canova im September v. Js. eine Interpellation eingebracht, in der er behauptet, Gustloff habe durch politische Mühlerereien, durch die Errichtung militärischer Stützpunkte in der Schweiz (ist es auch Wahnsinn, hat es doch Methode!) das Gastrecht verlegt, und in der er die Ausweisung Gustloffs und seiner Mitarbeiter fordert. Das war eine schwere Anschuldigung, die die Schweizer Regierung wohl veranlassen mußte, sich mit der Tätigkeit des Landesgruppenleiters, der seit 1917 das Gastrecht des Landes genießt, eingehend zu beschäftigen. Was dabei herausgekommen ist, hat Bundesrat Baumann in der Sitzung des Nationalrats vom 28. September 1935 in längerer Ausführungen bekannt gegeben. Danach hat sich Gustloff niemals in die innere Politik der Schweiz eingemischt. Er hat sich niemals in Widerspruch zu den Schweizer Gesetzen gestellt. Im Gegenteil, er ist — so jagte Bundesrat Baumann — gegen gelegentliche Uebergriffe seiner Parteigenossen scharf aufgetreten. Die Schweizer Bundesregierung sehe keinerlei Veranlassung, die in der Interpellation des Sozialdemokraten Canova verlangte Ausweisung Gustloffs vorzunehmen. Zu der „Hehe“ gegen ihn Stellung zu nehmen, lehnte Baumann vornehm ab.

Gustloff ist damit vollumfänglich gerechtfertigt, und jeder Versuch, die schändliche Mordtat durch sein Verhalten begründen zu wollen, müßte scheitern. Die wirkliche Erklärung für die Tat gibt das Wort „Hehe“, das Bundesrat Baumann damals bei der Zurückweisung der gegen Gustloff gerichteten Interpellation gebrauchte.

Der Jude Frankfurter versucht, den Mord gewissermaßen als eine politische Demonstration hinzustellen. Eine Demonstration gegen das heutige Deutschland. Was weiß er von ihm? Er ist nicht Deutscher. Er ist Jugoslawe. Im nationalsozialistischen Deutschland hat er nie gelebt. Er kann keinerlei unmittelbare Anschauung von den Zuständen und Verhältnissen haben, gegen die er angeblich demonstrieren wollte. Auch in Jugoslawien kann er sie nicht bekommen haben. Es ist nicht einmal anzunehmen, daß ihm in seiner früheren jugoslawischen Umgebung, Auffassungen eingeimpft worden wären, die ihn jetzt zu dem Morde veranlaßt haben. Viele Auffassungen sind in der Schweiz an ihn herangekommen. Seit Jahren lebt Frankfurter in Bern. Das Gilt, das ein großer Teil der Schweizer Presse gegen das neue Deutschland vertritt, ist dort in ihn eingedrungen. Die meisten Schweizer Zeitungen müßten schon seit geraumer Zeit wegen ihrer hekerischen Haltung von der Verbreitung in Deutschland ausgeschlossen werden. Und laufend vorgenommene Nachprüfungen haben ergeben, daß sich bisher an ihrer gefährlichen Einstellung nichts geändert hat. Der Geist, aus dem heraus Frankfurter auf Gustloff schöß, ist der, der aus seinen Schweizer Blättern fast täglich spricht.

Die Verantwortung für die Tat von Davos wird die Schweizer Presse, soweit sie den Hefeldzug gegen Deutschland mitgemacht hat, nicht von sich abhütteln können. Einen Rückhalt wird sie nur bei jener üblen Emigrantenpresse des Auslandes und einigen ihr weisensverwandten Organen finden, die aus recht durchsichtigen Gründen die Verhetzung der Völker gegen Deutschland zu ihrem Geschäft gemacht haben. Können sich die Schweizer Blätter, die es angeht, wirklich wohl fühlen, wenn sie in der Gemeinschaft einer Zeitung vom Schlage des „Pariser Tageblatts“ des Herrn Georg Bernhard, der seine verleumderische Journalistik schließlich ja nur dadurch zu finanzieren vermag, daß die französische Regierung laufend 5000 Exemplare seines Blattes bezieht und sie an alle ihre ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen auf dem ganzen Erdball verspricht?

Das beklagenswerte Ereignis in Davos sollte der Schweiz Veranlassung geben, die alles Maß erlaubter Kritik überschreitende Haltung eines großen Teils ihrer Presse unter dem Gesichtspunkt der Auswirkungen solcher Hehe nachzuprüfen. Was sie in verbrecherischen Köpfen wie dem des 26jährigen jüdischen Medizinstudenten Frankfurter anzurichten vermag, das ist eben mit tragischer Deutlichkeit ans Licht gekommen.

Motta erstattet dem Gesamtbundesrat Bericht

Bern, 6. Febr. Der Chef des politischen Departements, Bundesrat Motta, erstattete in der am Freitag vormittag stattgefundenen Sitzung des Gesamtbundesrates einen Bericht über den Mord an Landesgruppenleiter Gustloff und über seine Unterredung mit dem deutschen Gesandten Freiherrn von Weizsäcker.

Aus den Beratungen des Bundesrats geht, wie von offizieller Seite mitgeteilt wird, hervor, daß, wenn auch der Bundesrat die zeitweise maßlosen Angriffe eines Teiles der Presse gegen ausländische Staaten zwar bedauere, er doch keinen Zusammenhang zwischen diesen Angriffen und dem Attentat des Frankfurter sehen könne. Daß der Bundesrat aewillt sei, solche Angriffe zu ahnden, gehe daraus hervor, daß er heute den „Travail“ in Genf und den „Droit du Peuple“ in Lausanne wegen eines Artikels vom 2. Januar der sich sowohl gegen den italienischen Faschismus als auch gegen den deutschen Nationalsozialismus richtet, besonders wegen der darin enthaltenen ganz groben Ausdrücke eine strenge Verwarnung erteilt habe mit der Androhung der Einstellung im Wiederholungsfall. Diesen Beschluß habe der Bundesrat nach Besprechung mit der konsultativen Pressekommission und unter ihrer Zustimmung gefaßt.



Weltbild (M).

Wilhelm Gustloff.

Die „Neue Basler Zeitung“ brandmarkt die Hehe Der schweizerischen Marxistenpresse

Basel, 6. Febr. Sehr deutlich nimmt die „Neue Basler Zeitung“ gegen die kommunistische und sozialistische Hehe Stellung, die auch in den Pressekommentaren zum Mordfall Gustloff zum Ausdruck kommt. In den Besprechungen des Baseler kommunistischen Blattes habe man ein klaffendes Beispiel der hemmungslosen, mit Drohungen gespielten Gustloff-Hehe, die verantwortlich sei für die geistige Atmosphäre, aus der heraus die brutale Tat geworden sei. Mit einer Hehe gegen Deutschland sehe die Linkspresse letzten Endes die Neutralität der Schweiz aufs Spiel, indem sie im Auslande den Eindruck hervorruft, die Schweiz wolle nicht länger neutral sein und ergebe einseitig Stellung. Vom Vertrauen des Auslandes in die Schweizer Neutralitätswillen hänge überhaupt der Stand des Bundes ab. Auch die „Basler Nachrichten“ meinen, obwohl sie den deutschen Standpunkt über den Mord an Gustloff nicht gerecht zu werden vermögen, es wäre in der Tat nicht zu viel wenn der Bundesrat der marxistischen Presse etwas nachdrücklicher ihre Pflicht gegenüber dem Lande ins Gedächtnis rufen würde.

So wühlt die rote Internationale in USA.

NR. Das Blatt „Newport American“ teilt mit, daß das vollständige Programm der kommunistischen Partei in Amerika Pläne eines bewaffneten Aufstandes und einer Abschichtung aller „Gegner“ der „Revolution“ in den Vereinigten Staaten enthalte. In einer 72 Seiten umfassenden Schrift, betitelt „Warum Kommunismus“, die von der kommunistischen Propaganda-Zentrale in „Newport“ herausgegeben und für 5 Cents verbreitet wird, werden die tatsächlichen Ziele der roten Internationale in USA. enthüllt. Die Partei erstrebt:

1. Einen Generalstreik in ganz Amerika zu organisieren;
2. sich der Waffenarsenale zu bemächtigen, einen bewaffneten Aufstand zu unternehmen, Rebellen in der Armee herbeizuführen und die Polizei mit Gewehren, Kanonen und Giftgas zum Nachgeben zu zwingen;
3. das bestehende Regierungssystem zu stürzen und sich der Regierungsgewalt über das Land mittels revolutionärer Arbeiterkomitees zu bemächtigen;
4. einen Sowjetstaat auf den Ruinen der alten Ordnung zu errichten und unter einer rücksichtslosen „Diktatur des Proletariats“ durch Mord und Hinrichtung alle Feinde der Revolution auszurotten;
5. in den Vereinigten Staaten mit Macht und Gewalt das alte Regime zu errichten wie in Rußland, als der Bolschewikenaufstand unter Trotzki und Lenin die republikanische Regierung Kerenskys im Jahre 1917 stürzte.

Esländischer Protest

gegen sowjetrussische Grenzverletzung

Reval, 6. Febr. Der estländische Gesandte in Moskau ist beauftragt worden, wegen der Verletzung des Grenzrechtes durch sowjetrussische Militärflyzeuge bei der sowjetrussischen Regierung Protest zu erheben.

Diesem Protest liegt folgender Vorfall zugrunde: Am Mittwoch gegen Mittag überflogen drei sowjetrussische Militärflyzeuge die Ostgrenze Estlands. Sie zogen über der Stadt Dorpat mehrere Kreise und flogen dann wieder auf sowjetrussisches Gebiet zurück. Nachdem sie sich einige Zeit über dem Peipusee aufgehalten hatten, überflogen sie nochmals die Grenze und hielten sich etwa eine halbe Stunde über estländischem Gebiet, besonders über der Stadt Dorpat, auf. Die in einer Höhe von 500 bis 800 Meter fliegenden Flugzeuge wurden von örtlichen Truppenteilen, sowie von der Grenzschutztruppe ohne Ergebnis mit Maschinengewehr beschossen. Wie verlautet, ist das Feuer leitens der Flugzeuge erwidert worden.

Kampf um die belgische Nützungspolitik

Brüssel, 6. Febr. Die national-flämischen Abgeordneten Komtee, Borgignon, Debader und Delille haben in der belgischen Kammer einen Gelegetwurf eingebracht, in dem die Regierung aufgefordert wird, innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten dieses Gelegetwurfes den französisch-belgischen Militärvertrag vom Jahre 1920 zu kündigen.

In der Begründung wird zunächst auf die allgemeinen Gefahren hingewiesen, die derartige Militärabkommen zwischen einer Großmacht und einem kleinen Lande für das kleine Land bedeuten. Sodann wird betont, daß die Flamen von besonderem Mißtrauen gegen das Abkommen erfüllt seien, weil es ihrer Meinung nach Frankreich eine Einmischung in die belgische Militärpolitik ermögliche und für Belgien die besondere Gefahr mit sich bringe, daß es in einen etwaigen deutsch-französischen Konflikt hineingezogen werde.

Ein großzügiges Wohnbauprojekt durchgeführt

Hld. Karlsruhe, 6. Febr. Im Nordwesten der Stadt erhebt sich ein neuer großer Wohnbaublock. Es sind 23 Häuser mit insgesamt 162 Wohnungen, in der Mehrzahl Kleinwohnungen von 1 und 2 Zimmern, aber auch drei Zimmern und einem Laden. Die Mittel dazu — es handelt sich um einen Betrag von 1,6 Mill. RM., wovon allein 83 000 RM. auf Kanäle, Straßen und Gehwegen entfallen — hat die Nordstern-Lebensversicherungs-Bank AG. gegeben. Das Bauvorhaben wurde also ohne Zuschuß aus der öffentlichen Hand durchgeführt. Der Arbeitsmarkt erfuhr damit eine erfreulich starke Belebung, wenn man bedenkt, daß im Ganzen fast eine Million Arbeitsstunden in Frage kommen, was bedeutet, daß 600 Arbeiter 7 Monate lang volle Beschäftigung fanden. Für den Umfang des Projekts spricht die Tatsache, daß über 3 Mill. Badsteine, 250 000 Schwemmsteine, 750 Tonnen Zement und 220 000 Ziegel nötig waren. Für 12 Steinbruchbetriebe in dem Gebiet Mühlbach-Sulzfeld und Ittersbach gab es lohnende Beschäftigung. Auf beste Licht- und Luftzuführung zu den Wohnungen hat man den größten Wert gelegt. Die Wohnungen gruppieren sich um drei große, helle, nach einer Seite offene Innenhöfe, die für Gartenanlagen hergerichtet werden sollen.

Am Donnerstag nachmittag hat nun in Anwesenheit von Vertretern der Bauherrschaft, der Deutschen Arbeiterschaft und der Stadtverwaltung das Richtfest stattgefunden. Dazu war die gesamte Belegschaft, Meister, Gesellen und Lehrlinge, angetreten. Der ausführende Architekt Scheuerpflug konnte mit Genuß feststellen, daß die Bauzeit ohne jeden Unfall verlief. Er verwies auf den großen Dienst, den die Bauherrschaft der Stadt Karlsruhe und den wohnungslosen Volksgenossen erwiesen hat und zollte allen am Bau beteiligten Arbeitern und Handwerkern herzlichen Dank und vollste Anerkennung. Dann stieg in der üblichen Weise das Richtfest, beginnend mit dem Aufziehen des Richtbaumes, dem der Spruch des Zimmermanns folgte, ausklingend in ein begeistertes Befehntnis zu Führer und Vaterland. Mit dem Gesang des Deutschlandliedes war das Richtfest beendet. Nun ging es in festlichem Zuge zum Richtschmaus im Saale „Kühlen Krug“. Hier überbrachte Kaufmanngruppenwarter Pg. Kallenberger die Grüße des Gauwalters der D.M.F. Pg. Plattner. Er feierte die Volksgemeinschaft und forderte zu einem Siegesheil auf den Führer, die Arbeit und den schaffenden Menschen auf, in das die froh gestimmte Festgemeinde freudig einstimmte.

Für die Nordstern-Lebensversicherungs-Bank AG. sprach Generaldirektor Kauter. Er erinnerte daran, daß seine Gesellschaft für die Zwecke des Wohnungsbaues in allen Teilen des Reiches aus eigenen Mitteln insgesamt 9 Mill. RM. aufwende, und äußerte sich hochbefriedigt über die Erledigung des Karlsruhe Auftrages. Dafür gebühre allen Beteiligten, den Behörden und Architekten, vor allem aber den Bauleuten selbst bis zum letzten Mann aufrichtiger Dank und rüchhaltige Anerkennung.

Namens der Stadtverwaltung dankte Ratsherr Lang der Bauherrschaft für das dem Volksganzen dienende Werk der Erstellung gesunder Wohnungen.

In gemühtlicher Unterhaltung flossen die Stunden rasch dahin. Es war ein Feiertag der Volksgemeinschaft wie wir ihn im neuen Deutschland wieder erleben dürfen.

Schneeberichte aus dem Schwarzwald

Bärenthal: minus 8, 35 cm Pulver, heiter, Ski gut.
Bonnholz: minus 10, 5 cm, kein Sport.
Brend-Fuchsmang, Gütenbach: minus 8, 40 cm Pulver, heiter, Sport sehr gut.
Schönwald, Schonach: minus 5, 55 cm, Pulver, Sport sehr gut, heiter.
St. Georgen i. Schw.: minus 6, 25 cm Pulver, heiter, Ski und Rodel sehr gut.
Treiberg: minus 5, 20 cm Pulver, Sport gut.
Hornisgrunde: minus 8, 35 cm Pulver, Sport sehr gut, bew.
Mummelsee, Unterkirch, Kuhstein, Hundsee: minus 8, 25 cm Pulver, bewölkt, Sport sehr gut.
Kniebis-Zustucht, Freudenstadt: minus 8, 15 cm, Pulver, heiter, Sport gut.
Sand, Breitenbrunn, Bühlerhöhe, Plättig, Herrenwies, Hundsbach: minus 4, 30 cm Pulver, bewölkt, Ski gut.
Dobel, Herrenalb: minus 5, 25 cm, Pulver, Ski und Rodel gut

Wintersportzüge der Reichsbahn

Hld. Karlsruhe, 6. Febr. Da der gesamte Schwarzwald wieder günstige Schnee- und Sportverhältnisse aufzuweisen hat, läßt die Reichsbahn am Samstag und Sonntag nachfolgende Sonderzüge mit 60 % Fahrpreisermäßigung verkehren:

Samstag, den 2. 36:
E3 2600 Mannheim-Heidelberg-Diessenburg mit direkten Wagen nach Oberbühlertal und Ottenhöfen.
Mannheim ab 14,55, Heidelberg ab 15,16, Karlsruhe ab 16,10, Offenburg an 17,23.
Sonntag, den 9. 2. 36:
E3 2616/2601 Mannheim-Heidelberg-Diessenburg und zurück mit direkten Wagen nach Oberbühlertal und Ottenhöfen.
Hinfahrt: Mannheim ab 6,08, Heidelberg ab 6,30, Karlsruhe ab 7,26, Offenburg an 8,39.
Rückfahrt: Offenburg ab 18,22, Mannheim an 20,57.
E3 2603/04 Konstanz-Billingen-Bärenthal-Sebrugg.
Hinfahrt: Konstanz ab 6,24, Billingen ab 7,30, Donaueschingen ab 7,50, Bärenthal an 9,09.
Rückfahrt: Bärenthal ab 17,47, Billingen an 19,22, Konstanz an 20,46.
Außerdem werden am Samstag und Sonntag für Besucher des Feldberggebietes die nachfolgenden Eiszüge zur Benützung mit Sonderzugskarten, die über Freiburg hinaus gelöst werden, freigegeben.
Hinfahrt: E3 298 Heidelberg ab 15,24, E3 398 Mannheim ab 15,22, Karlsruhe ab 16,21.
Rückfahrt: (Sonntag, 9. 2. 36) E3 305 Freiburg ab 21,47.

Erdbeben in der Schweiz

Hld. Basel, 6. Febr. Am Dienstagabend um 20 Uhr 17 Min. 28 Sek. registrierte das Observatorium Neuenburg ein ziemlich heftiges Erdbeben, dessen Ferk 8 Kilometer weit vom Observatorium berechnet wird. Es handelt sich hierbei um die Gegend südlich von Cortaillod (Kanton Neuenburg).

Kaubmörder hingerichtet. Am 6. Februar ist in Duisburg der am 9. Juli 1916 geborene Gerhard Raas aus Brünen bei Wesel hingerichtet worden, der vom Schwurgericht in Duisburg wegen Mordes zum Tode verurteilt worden ist. Raas hatte die Näherin Ulwine Märken, der er die Ehe versprochen hatte, ermordet, um sich seinen bevorstehenden Vaterpflichten zu entziehen und hat sie auch nach der Ermordung betäubt.

Kolonialfrage vor dem Unterhaus

Rohstofffrage — Lord George über die Mandate — Ausweichende Regierungsantwort

London, 6. Febr. Das Unterhaus behandelte am Mittwoch in einer längeren Aussprache einen Antrag des arbeitertypischen Abgeordneten Lansbury, des bekannten früheren Führers der Partei, der die britische Regierung auffordert, mit Hilfe des Völkerbundes eine internationale Konferenz einzuberufen, die die Frage der Rohmaterialien behandeln soll, um ein internationales Übereinkommen herbeizuführen, das den Anreiz für die Völker zur Aufrüstung beseitigt und so den Frieden der Welt sicherstellt.

Der Antrag wurde von Lansbury selbst in einer Rede begründet. Er forderte die Regierung auf, den Völkerbund zu einer neuen Handlungsweise zu führen. Es komme nicht darauf an, was politische Schreiber über die Bedürfnisse Deutschlands, Italiens oder Japans dächten. Man müsse vielmehr erwägen, was die Staatsmänner dieser Länder für sich selbst zu sagen hätten. Er meinte, daß die Deutschen das gleiche Recht in der Welt hätten wie die Engländer. Was hätten alle diese Zusammenkünfte der Staatsmänner Osteuropas in Paris zu bedeuten? Bedeute es das gleiche wie im Jahre 1914? Er wüßte, daß die wirtschaftliche Lage der Welt auf einer Weltkonferenz geprüft werde. Er wüßte keineswegs, das britische Reich aufzuteilen oder Afrika unter dieses oder jenes Volk zu verteilen. Er wüßte aber, daß eine Autorität geschaffen werde, um festzustellen, wie die Rohmaterialien der Welt organisiert und für den Gebrauch aller Völker der Welt zur Verfügung gestellt werden könnten, und alle Nationen sollen erklären dürfen, wie das zu geschehen habe.

Der unabhängige konservative Abgeordnete Emery Evans brachte einen Änderungsantrag ein, wonach die Regierung alle praktischen Schritte unternehmen solle, um den internationalen Rohstoffmarkt und eine bessere Verständigung der Völker zu fördern. Jedoch wandte er sich gegen die Uebergabe von Kolonien. Wenn Italien und Deutschland Klagen wegen Ueberbevölkerung hätten, so sollten sie Schritte unternehmen, um diese zu verhindern oder zumindest nicht das Wachstum der Bevölkerung zu fördern (!).

Für die Simon-Liberalen sprach der Abgeordnete Bernaby. Er behauptet, daß Deutschland, Japan oder Polen Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Rohmaterialien hätten. Die Schwierigkeiten lägen nur in der Beschaffung der Rohmaterialien. Er wies dann darauf hin, daß die Rüstungsinteressen Englands ein Hindernis für ein Übereinkommen mit Deutschland seien, weil jedes Abkommen, das eine Verminderung der Rüstungen bedeute, Tausende von Arbeitslosen schaffen würde. Gegen den Vorschlag Lansburys wandte sich der Redner mit der Erklärung, Lansbury wolle den Frieden sichern, indem er etwas wegnehme (eine Bemerkung, gegen die sich Lansbury selbst verwahrte).

Hierauf sprach Lord George. Er führte aus, die Lage sei ernst, und eine parteipolitische Erörterung zu vertragen. Seit dem Locarno-Pakt vor zehn Jahren abgeschlossen worden sei, habe die Rüstung der Welt um die Hälfte zugenommen. Die Rüstungsvermehrung sei bis zum Jahre 1932 nicht auf eine Aufrüstung Deutschlands zurückzuführen gewesen. In Frankreich, Italien und den Vereinigten Staaten sei das viel eher der Fall gewesen. Es sei die Rüstungsvermehrung derjenigen Völker gewesen, die den Vertrag von Versailles abgeschlossen hätten, der alle seine Unterzeichner verpflichtet habe, die Rüstungen zu vermindern. Man sehe einer Wiederherstellung Großbritanniens gegenüber. Die gesamte Welt bewaffne sich wieder, da könne England nicht ohne Verteidigung bleiben.

Aus der Erklärung von Stresea habe Deutschland schließen müssen, daß die drei Großmächte die Pflicht hätten, zu Handlungen zu schreiten. Hitler habe sich daraufhin lassen müssen, es sei keine Zeit zu verlieren. „Wir sind“, so erklärte Lord George, „dafür verantwortlich, eine Atmosphäre der Furcht zu schaffen zu haben. In Deutschland sowohl wie in Rußland besteht eine Furcht vor einer Einkreisung.“ Sei es denn unmöglich, diesen tödlichen Kreislauf zu zerbrechen, bevor es zu spät ist? Er bitte die Regierung, die Möglichkeit eines Eingreifens auf wirtschaftlichem Gebiet nicht ganz von der Hand zu weisen. Japan sei in China aus wirtschaftlichen Gründen eingedrungen. Mussolinis Feldzug in Abyssinien sei darauf zurückzuführen, daß dieser glaube, Italien werde einen wirtschaftlichen Vorteil von ihm haben. Er sei nicht dafür, daß Teile des britischen Weltreiches fortgeschickt würden. Aber er behaupte ernstlich, daß die unter dem Vertrag von Versailles an England gegebenen Gebiete nicht als Besitzungen gegeben worden seien, sondern an den Völkerbund, wobei dem Völkerbund alle Rechte zustünden. (Austen Chamberlain rief das zwischen: Nein!) Sedenfalls befinden sich diese Gebiete in einer anderen Rechtslage als die übrigen Besitzungen des britischen Reiches. Man sei übereingekommen, diese Gebiete England nur als Mandate zu übergeben und nicht als gesetzlichen Besitz. Er glaube nicht, daß es Frieden in der Welt geben werde, bevor nicht die Mandate neu erwogen worden seien, und er fühle sich verpflichtet, dies als einer der Vertreter zu erklären, die Großbritannien bei der Herstellung des Friedens von Versailles vertreten hätten. Er bitte die Regierung, nicht die Tür zuzuschlagen. Es gebe viele harte Dinge, die man über Deutschland und Italien sagen könne, aber man könne vielleicht auch viele harte Dinge von den Engländern sagen. Die Zeit sei gekommen, um die Zukunft der Menschheit in die Hand zu nehmen.

Für die Regierung antwortete hierauf Lord Cranborne. Er führte aus, daß die Regierung sehr weitgehend mit den Ansichten Lansburys übereinstimme. Auch gebe es keinerlei Meinungsverschiedenheiten mit Lansbury darüber, daß in der ganzen (?) Welt Vorbereitungen für den Krieg getroffen würden. Furcht und Besorgnis bedrängten zur Zeit alle. Er hoffe jedoch noch, daß die Zeit kommen werde, in der eine Abrüstungskonferenz gute Ergebnisse zeitige. Die Regierung habe gegen die Einberufung einer Weltkonferenz über die Rohstoffe nichts einzuwenden. Sie glaube, daß Besprechungen dieser Fragen von außerordentlichem Nutzen sein werden, um die bestehenden Schwierigkeiten zu lösen. Aber diese Fragen seien nicht leicht zu lösen. Sie seien außerordentlich verwickelt. Könnte wirklich jemand sagen, daß die Welt für eine weitere Wirtschaftskonferenz reif sei? Die Wirtschaftskonferenz von 1933 sei ein Fehlschlag gewesen. Die Regierung wolle den Problemen nicht aus dem Wege gehen, und eine vorbereitete Prüfung der Frage habe bereits begonnen. Aber man könne kein Datum festlegen, bevor nicht die Umstände weitere Verhandlungen begünstigten. Er hoffe daher, daß das Haus den Antrag Lansburys in der abgeänderten Form annehmen werde. Das Ziel, das allen vorzueben, sei das gleiche. Alle wünschten ein internationales Abkommen herbeizuführen, das den Nationen den Anreiz nehme, Rüstungen aufzuhäufen, und einen allgemeinen sicheren Frieden in der Welt zu schaffen.

In der Abstimmung wurde der Antrag Lansburys mit 223 gegen 137 Stimmen abgelehnt, aber der vom Abg. Evans abgeänderte Antrag mit 164 gegen 118 Stimmen angenommen. Der Antrag hat nach der Abänderung nunmehr folgenden Wortlaut: Das Haus bekräftigt seinen tiefen Glauben an die Nutzlosigkeit des Krieges nicht mit tiefer Besorgnis die in der ganzen Welt verbreiteten Vorbereitungen für den Krieg und hat das

Vertrauen zu der Regierung, daß sie alle praktischen Schritte unternehmen wird, um den internationalen Rohstoffmarkt zu fördern und eine bessere Verständigung zwischen den Völkern herbeizuführen.

Das Echo der Vorschläge Lord Georges

Wie nicht anders zu erwarten war, stoßen die Vorschläge Lord Georges in den konservativen Blättern auf starke Ablehnung. „Daily Telegraph“ meint, daß die seinerzeit gemachten Anregungen durch Sir Samuel Hoare eine Untersuchung über die Verteilung der Rohstoffe anzustellen, vollkommen mißverstanden worden seien. Er habe jedoch nur von Rohstoffen und nicht von Kolonien gesprochen. Die konservative „Morningpost“ bezeichnet die Vorschläge Lord Georges und Lansburys als eines Engländer nicht würdig. Das Oppositionsblatt „Daily Herald“ begrüßt die Vorschläge Lord Georges und Lansburys. Das Blatt fordert schließlich die Unterstellung der Mandate und der Kolonialgebiete unter die Kontrolle des Völkerbundes. Der „Daily Express“ spricht sein Bedauern über die Äußerungen Lord Georges aus. Es sei traurig, daß Lord George, der England in den Krieg geführt und mehrere Millionen Quadratkilometer dem englischen Gebiet hinzugefügt habe, nunmehr vorschläge, daß ein Teil dieser Erwerbungen zurückgegeben werden sollte.

Starhembergs Pariser Mission

Wien, 6. Febr. Vizetänzer Starhemberg hat dem Pariser Vertreter der amtlichen Nachrichtenstelle über seine Unterredung mit dem französischen Außenminister Lyautey in eine Erklärung abgegeben. Danach habe er Lyautey mitgeteilt, daß sich Österreich in allen innerpolitischen Angelegenheiten, zu denen auch die Frage der Staatsform und der Wiedereinführung der Habsburger gehörten, volle Handlungsfreiheit und Entscheidungsvorbehalt vorbehalten. Er habe in seiner Unterredung ausdrücklich betont, daß von einer Verzichtserklärung Österreichs auf eine etwaige Wiedereinführung der monarchischen Staatsform nicht die Rede sein könne. Dabei habe er aber an die von der österreichischen Regierung wiederholt abgegebene Erklärung erinnert, daß sie in dieser Beziehung nichts Entscheidendes unternehmen werde, ohne mit den europäischen Mächten in Fühlung getreten zu sein. Hinsichtlich der Möglichkeit eines Meinungsaustausches zwischen Österreich und den Staaten Mitteleuropas habe er der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß ein solcher Meinungsaustausch nur dann zweckvoll wäre, wenn Italien hinzugezogen werde.

Die meisten Pariser Morgenblätter berichten, daß Fürst Starhemberg, der Paris am Mittwoch abend verlassen hat, den Thronpräsidenten Otto von Habsburg nicht getroffen hat. Nur das „Deuore“ will von einer tatsächlich erfolgten Fühlungnahme wissen. Die Erklärung des österreichischen Vizetänzers findet in den Blättern teilweise Widerspruch, weil in ihr nach französischer Ansicht zu sehr die Handlungsweise zum Ausdruck kommt, die sich Fürst Starhemberg in der monarchischen Frage letzten Endes doch vorbehalten hat. Hinzu kommt ein gewisses Mißtrauen der französischen Öffentlichkeit wegen der plötzlichen Ankunft Ottos und der plötzlichen Abreise Starhembergs. „Zeit Parisien“ schreibt u. a., wahrscheinlich habe das plötzliche Auftreten des Erzherzogs Otto Fürst Starhemberg eher behindert, da er sich verpflichtet hätte, während seiner Verhandlungen mit der englischen und der französischen Regierung den Thronpräsidenten nicht zu treffen.

Das „Petit Journal“ hat auch den türkischen Außenminister Rüüstü Aras um seine Ansicht befragt, der erklärte: Wir sind gegen die Wiederherstellung alles Alten; weshalb sollen wir uns als junges Volk für die Vergangenheit interessieren? Wir leben in der Gegenwart und richten unsere Augen auf die Zukunft. Wir wollen keine ottomanische Wiederherstellung noch eine solche des Jazirismus. Weshalb sollten wir also die Wiederherstellung der Monarchie in Mitteleuropa hinnehmen?

„Le Jour“ beleuchtet noch einmal die Rolle, die Litwinow bei der Entwicklung der Mitteleuropa-Frage gespielt hat. Litwinow habe Sowjetrußland als Erzmann und als Freiwilligen für das zur Zeit in Mitteleuropa ausfallende Italien angeboten.

Pariser Gespräche ohne Ergebnis

Der türkische Außenminister über die Pariser Besprechungen

Paris, 6. Febr. Der türkische Außenminister Rüüstü Aras, der an den Pariser diplomatischen Besprechungen regen Anteil genommen hat, äußerte sich dem „Paris Midit“ gegenüber über die Ergebnisse dieser Besprechungen. Rüüstü Aras sah sich bei dieser Gelegenheit zu der Erklärung genötigt, daß greifbare Ergebnisse überhaupt nicht erzielt worden seien. Allerdings, so fügte er hinzu, sei dies auch nicht beabsichtigt gewesen. In Paris habe es sich vielmehr darum gehandelt, die Frage der kollektiven Sicherheit durch eine Erweiterung des Art. 16 des Völkerbundespaktes zu beraten.

Die Auswirkung der Sanktionen müsse man zwar noch abwarten, aber die starke Spannung, die noch vor drei Monaten im Mittelmeer bestanden habe, sei jetzt vollkommen erschwunden. Man habe es also mit einem sehr wichtigen und aufschlußreichen Beispielspiel zu tun, was um so bedeutamer sei, als es sich augenblicklich darum handle, die gleiche Lösung für Österreich zu finden. Da Österreich aber durch seine geographische Lage in erster Linie als ein europäisches Problem betrachtet werden müsse, werde man diese Frage wohl nicht mit derselben Leichtigkeit lösen können wie die Mittelmeerfrage. Immerhin würden die Bemühungen in dieser Richtung fortgesetzt und augenblicklich stehe nur die Frage der kollektiven Sicherheit im Donaubekken auf der Tagesordnung.

Der Bauvorrat für 1936

Das jetzt vorliegende Endergebnis des Statistischen Reichsamtes über die Entwicklung der Bautätigkeit im Jahre 1935 zeigt den erwarteten leichten Rückgang der Bauvollendungen, obwohl gleichzeitig eine Zunahme der Bauverkaufe und Baubeginne eingetreten ist. Die Ursache liegt in dem Rückgang der Umbautätigkeit. Die im November zur Verfügung gestellten Mittel zur Weiterführung der Umbautätigkeit haben sich bis zum Jahresende nicht mehr auswirken können. Der Abbruch der Umbauten stand aber eine kräftig geförderte Neubautätigkeit gegenüber, bei der sich im Vergleich zum Vorjahr eine starke Beteiligung der privaten Bauherren am Wohnungsbau sowie ein Sinken des Anteils des Kleinhausebaus ergab. Insgesamt sind in den Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern 141.000 Wohnungen fertiggestellt worden, 22.000 weniger als im Vorjahr. Nach den bisher vorliegenden Meldungen dürften im gesamten Reich noch etwa 120.000 unvollendete Wohnungsbauten in das Jahr 1936 übernommen worden sein. Der Bauvorrat hat demnach gegenüber dem Vorjahr beträchtlich zugenommen. Beim Bau von Nichtwohngebäuden liegen die Ergebnisse des Jahres 1935 durchweg über denen des Vorjahres.

Die Finanzierung des Wohn- und Siedlungsbaues

Deutsche Bau- und Bodenbank in der Siedlungsarbeit.

hd. Die Finanzierung des Wohnungsbaues hat in der ganzen Nachkriegszeit immer mit zahlreichen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt. Zu deren Behebung ist neben sonstigen finanziellen Maßnahmen der öffentlichen Hand, insbesondere des Reiches, auch eine Reihe von Bankinstituten ins Leben gerufen worden. Unter diesen hat hinsichtlich ihrer Bedeutung und ihrer Aufgaben die Deutsche Bau- und Bodenbank eine besondere Stellung gewonnen; sie ist heute die wichtigste Bank des Reiches auf dem Gebiete der Baufinanzierung.

1923 als Aktiengesellschaft gegründet, deren Kapital sich zum größten Teil in den Händen des Reiches befindet, hat sie die Aufgabe, durch Hergabe von Darlehen die Herstellung und Erhaltung von gesunden und zweckmäßigen Wohnungen und Heimstätten für die minderbemittelte Bevölkerung und jede Art von Bautätigkeit und Bodenerschließung, die dem allgemeinen Besten dient, zu fördern. Ihr Hauptarbeitsgebiet ist die Mitwirkung bei der Wohnungsbaufinanzierung. Daneben tritt die Betätigung auch auf dem Gebiet des Tiefbaues, insbesondere des Straßenbaues und des gewerblichen Baues. Die drei Hauptaufgabengebiete sind das Baukredit- oder Zwischenkreditgeschäft, die Durchführung von Treuhandaufgaben für das Reich und seit einigen Jahren die Vorfinanzierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des Reiches. Die Zwischenkreditgewährung steht dabei an erster Stelle. Soweit im Wohnungs- und Siedlungsbaue langfristige Finanzierungsmittel von den Geldgebern erst nach Baufertigstellung ausgezahlt werden, müssen die am Bau beteiligten Firmen und Handwerker schon während der Bauzeit auf andere Weise in den Besitz des Gegenwertes für ihre Materiallieferungen und Arbeitsleistungen gelangen. Hier greift die Bank mit kurzfristigen Krediten, den sogenannten Bauzwischenkrediten, ein, die nach Maßgabe des Baufortschritts und unter fortlaufender Kontrolle durch ihre technische Abteilung ausbezahlt werden. Nach Fertigstellung der Bauten und Auszahlung der Hypotheken fließen die Bausparbeiträge in die Kasse der Bank zurück, um alsbald in derselben Weise in den Dienst neuer Bauvorhaben gestellt zu werden. So können im Laufe eines Jahres ununterbrochen große Millionenbeträge in die bauwirtschaftliche Produktion. Die Ende des Jahres 1935 auf diese Weise ausgegebenen Zwischenkredite belaufen sich auf annähernd 190 Millionen Reichsmark.

Ein wesentlicher Teil dieser Mittel kommt dem Bau von Heimstätten und Eigenheimen zugute. Allein den Bausparleihen, die sich seit einschließl. mit der Finanzierung des Heimstättenbaues befassen, ist im Laufe der Jahre 1933-35 ein Betrag von rund 90 Millionen zur vorzeitigen Zuteilung von Bausparverträgen zur Verfügung gestellt worden. Abgesehen davon wurden noch in erheblichem Umfange unmittelbar am Bausparverträge auf solche Bausparverträge gewährt, die binnen kurzem zur Zuteilung kommen.

Die Tätigkeit auf dem Gebiete der Bau- und Siedlungsfinanzierung hat die Bank auch in enge Zusammenarbeit mit den Deutschen Baugenossenschaften gebracht. Dabei wurde die Bank auch dazu berufen, bei den Stützungsmaßnahmen des Reiches zugunsten von Baugenossenschaften mit und ohne Sparrichtung gemäß den Notverordnungen vom 14. Juni und 21. Oktober 1932 mitzuwirken.

Die ersten treuhänderischen Aufgaben auf dem Gebiete der Siedlungsfinanzierung wurden der Bank schon im Jahre 1924 von der Reichsregierung übertragen. Es handelt sich damals namentlich um die Weiterleitung und Verwaltung von Reichsmitteln für Beamten- und Kriessbeschädigten-Siedlungen. Seit dem Jahre 1931 haben die treuhänderischen Aufgaben besonders großen Umfang angenommen. Hier ist namentlich zu nennen die Ausgabe und Verwaltung der Reichsbaukrediten für Kleinsiedlungen, für die Errichtung von Eigenheimen, für den Bau von Not-, Behelfs- und Flüchtlingswohnungen und von Volkswohnungen, ferner der Reichszuschüsse und Darlehen für die Altstadtfianzierung. Auf Grund der durch die Bank durchgeführten Reichsmaßnahmen wurden im Jahre 1932 bis 1935 insgesamt 130.000 Neubauwohnungen errichtet. Dazu kommen die mit Hilfe der Reichsbürgschaften erstellten Wohnungen.

Zu den Treuhandaufgaben der Bank gehört nämlich auch die wirtschaftliche, technische und finanzielle Prüfung von Anträgen auf Uebernahme von Reichsbürgschaften für nachstellige Hypotheken im Kleinwohnungsbau und im Kleinsiedlungsbaue, die im Zusammenhange mit dem bei der Karlsruhe-Zweigüberlassung der Bank bestehenden Landesbürgschaftsauswahlsuch auch für Baden und die Palz eine ständig wachsende Bedeutung erhalten haben. Die Nachfrage nach Reichsbürgschaften ist in stetigem Steigen begriffen, wozu besonders die Vereinfachung des Verfahrens wesentlich beigetragen hat. Bis Ende 1935 waren bereits 170 Millionen RM. Reichsbürgschaften übernommen, welche zum Bau von insgesamt rund 54.400 Wohnungen in Geschobauten und rund 28.900 Wohnungen in Eigenheimen, zusammen rund 83.300 Wohnungen dienen. Die Uebernahme von Reichsbürgschaften für 11. Hypotheken erscheint unter den gegebenen Verhältnissen z. Bt. als ein besonders geeigneter Weg um die Frage des nachstelligen Realcredits ihrer Lösung näherzubringen.

Ein handgeschriebenes Gedicht Viktor v. Scheffels

hd. Im Koblenzer Schlossmuseum wurde ein interessanter Fund gemacht. Bei der Sichtung der reichhaltigen Bibliothek der Kaiserin Augusta, die sich bekanntlich gern und viel im Koblenzer Schloß aufhielt, fand man in einer Ausgabe des Walthariliedes von Joseph Viktor von Scheffel ein von dem Dichter handgeschriebenes und unterzeichnetes Gedicht, das eine Widmung an die Deutsche Kaiserin darstellt. Das Gedicht, das mit den Worten „Zum Waltharilied“ überschrieben ist, ist in Mainz geschrieben und trägt das Datum des 24. Juli 1875, stammt also aus der letzten Schaffenszeit des Dichters. Es stellt damit eines der ganz wenigen Werke dar, die von dem Dichter aus der Zeit nach 1870 bisher bekannt sind. Ungeklärt ist jedoch, aus welchem Anlaß Scheffel sein viele Jahre vorher erdichtetes Waltharilied erst im Jahre 1875 der Kaiserin Augusta widmete.

Mit „Kraft durch Freude“ zur Auto-Schau!

hd. Mit der Durchführung eines Sonderzuges zur Berliner Automobil-Ausstellung 1936 hat die AG-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ die vielen Wünsche von Arbeitssameraden aus allen Gegenden des Gaues Baden erfüllt. Der Sonderzug fährt am 27. 2. 1936 abends gegen 20 Uhr ab Offenburg und tritt die Rückfahrt in Berlin, Anhalter Bahnhof am 1. März gegen 18 Uhr an. Die Fahrt kostet einschließl. Uebernachtungen mit Frühstück und Besuch der Auto-Schau RM. 22,30. Anmeldungen werden bis zum 15. Februar bei den „Kraft durch Freude“-Dienststellen angenommen.

Baden

Karlsruhe, 6. Febr. (Die Narrenzünfte 1937 in Karlsruhe.) Da nach den satzungsgemäßen Bestimmungen ein Narrentreffen wie in Oberndorf an einem Ort stattfinden darf, in welchem sich eine historische Narrenzünfte befindet, kann eine solche in Karlsruhe nicht in Betracht kommen. Dagegen hat der Verkehrsverein die Absicht, eine volkstümliche Schau der Sitten u. Gebräuche der Narrenzünfte und Narrenzünften im Rahmen der Fastnacht 1937 dahier durchzuführen. Die wichtigsten und schönsten Zünfte werden dort vertreten sein.

Karlsruhe, 6. Febr. (Bekanntmachung.) Der Minister des Innern gibt bekannt: „Auf Grund des Paragraph 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 wird das mit Bekanntmachung vom 14. November 1935 beschlagnahmte Vermögen der Anthroposophischen Gesellschaft und ihrer Unterorganisationen zugunsten des Landes Baden eingezogen.“

Karlsruhe, 6. Febr. (Von der Schwarzwaldbahn.) Die Reichsbahndirektion teilt mit: Vom Montag, den 10. Februar 1936 ab werden die Züge D 150, D 151, Konstanz ab 9.10 Uhr, Offenburg an 12.08 Uhr und E 151, Konstanz ab 17.39 Uhr, Offenburg an 20.43 Uhr werktags verkehrsweise durch Dieseltriebwagen ersetzt. An Sonn- und Feiertagen verkehren die Züge D 150 und E 151 auch künftighin als Dampfzüge.

Mannheim, 6. Febr. (Die besagte.) Verhaftet wurde ein in Sandhofen wohnender junger Mann, der in Lampertheim ein Fahrrad gestohlen und dieses in Mannheim verkauft hat. — Auf frischer Tat wurde ein Mann von hier bei einem Warenhausdiebstahl ertappt und hinter Schloß und Riegel gesetzt.

Mannheim, 6. Febr. (Rohlinge.) In einer Wirtschaft in der Neckarstraße-Nord schlügen nachts zwei jüngere Männer einen älteren Mann in roher Weise zu Boden und brachten ihm mehrere Verletzungen bei. Die Täter wurden festgenommen und in das Bezirksgefängnis eingeliefert.

Karlsruhe, 6. Febr. (Höchstpreise überschritten.) Laut Polizeibericht wurden mehrere Eier- und Lebensmittelhändler, die die Höchstpreise für ungetrennte Eiere überschritten hatten, zur Anzeige gebracht. Die Verkaufspreise für ungetrennte Eiere sind auf 10 bzw. 11 Pfg. festgesetzt. Die Polizeidirektion wird künftighin gegen Ueberschreitung dieser Höchstpreise nicht mehr mit Geldstrafen, sondern in trassen Fällen mit Schließung des Geschäftes vorgehen.

Heidelberg, 6. Febr. (Warnung.) Seit Januar treibt sich eine Frau in Heidelberg und Umgebung herum, wo sie in gleicher Weise unter der Angabe, sie habe eine große Erbschaft zu erwarten, sich nicht nur ohne Bezahlung einmietet, sondern sich auch noch Geld und Kleidungsstücke leiht, die sie nicht zurückgibt. Die Betrügerin trat bisher unter dem Namen Therese Hauert, Therese Dost und Therese Dorn auf. Sie ist etwa 55 bis 60 Jahre alt, schlank, blaß und mager, hat sehr schadhafte Zähne, auf der rechten Wange eine kleine Narbe, trägt vermutlich grauen Mantel mit schwarzem Pelz, schwarzes Kleid und spricht bayerischen Dialekt.

Gerlachsheim b. Tauberbischofsheim, 6. Febr. (Opfer der Arbeit.) Der 19jährige Heinrich Fleushaus, der bei dem Fuhrunternehmer Fritz Kleinhaus beschäftigt war, stürzte am Ortseingang von Gerlachsheim beim Schottertransport auf unerklärliche Weise vom Bremsbord eines Anhänger-Lastwagens und geriet unter die Räder. Der junge Mann erlitt schwere Verletzungen, die den sofortigen Tod zur Folge hatten.

Schnaib, 6. Febr. (Ehrenpatente.) Für das erste Kind der Familie Johann Dold in Kolbenloch hat der Führer die Ehrenpatenschaft übernommen unter gleichzeitiger Ueberreichung eines Geldgeschenkes.

Sornberg i. Schw., 6. Febr. (Vom Zugerast.) Der 35jährige Bahnarbeiter Wilhelm Böfinger überhörte beim Schneefegen das Herankommen eines Güterzuges. Er wurde von diesem erfasst und getötet.

Mühlheim, 6. Febr. (Mildem Viehbetäubungsapparat erschossen.) In einem Anfall von Schwermut hat sich der in der Metzgerei des hiesigen Konsumvereins beschäftigte Metzger Karl Müller mit einem Viehbetäubungsapparat erschossen.

Dangstetten, A. Waldshut, 6. Febr. (Salzlager.) Die hier schon seit längerer Zeit vorgenommenen Bohrungen nach Salz führten am vergangenen Samstag zu einem erfreulichen Ergebnis. In etwa 400 Meter Tiefe stieß man auf ein Lager.

Mühlheim, 6. Febr. (Obstbaufragen.) Auf einer hier abgehaltenen Generalversammlung des Bezirksobstbauvereins Mühlheim kamen allgemein interessierende Fragen des Obstbaus im Markgräflerland, Absatz, Marktentwicklung usw. zur Sprache. Der Geschäftsführer konnte hierbei die Mitteilung machen, daß im vergangenen Jahre in Mühlheim und den Sammelstellen Rheinweiler und Schlengen insgesamt 10 000 Zentner Obst umgekehrt wurden mit einem Wert von rund 120 000 RM. Auf dem Mühlheimer Taubenmarkt wurden insgesamt 6622 Zentner Tafeltrauben umgekehrt im Werte von insgesamt 102 000 RM., das sind 30 000 RM. mehr als 1934.

Neuenburg b. Mühlheim, 6. Febr. (Wilderer.) Ein glücklicher Jang wurde von dem hiesigen Jagdaufseher gemacht. Ihm gelang es, drei Wilderer, die im Rheinwald ihr schändliches Handwerk trieben, zu stellen und ihre Festnahme zu veranlassen. Zwei hatten Gewehre, der eine einen Revolver bei sich.

Weil a. Rh., 6. Febr. (Erfolg der Rheinregulierung.) An der Steigerung des Umschlagsverkehrs im Basler Rheinhafen im Jahre 1935 auf 2,2 Mill. Tonnen gegen 1,9 Mill. Tonnen 1934 ist nicht unwesentlich die Rheinregulierung Straßburg-Basel beteiligt. Die Verbesserung der Fahrtrinne gestattete eine ununterbrochene Schifffahrt auf dem Rheinstrom von Anfang April bis Ende des Jahres, mit den Güterbooten wurde der Verkehr sogar schon am 25. Januar 1935 aufgenommen. Anfallend bei dem Verkehr ist die beträchtliche Zunahme der Güterboote, die auf 640 anstiegen gegenüber 182.

Wieden (bei Schopfheim), 6. Febr. (Ehrenpatenschaft des Führers.) Für das 9. Kind des hiesigen Polizeibieners Behringer hat der Führer und Reichstanzler die Ehrenpatenschaft übernommen. Bei dieser Gelegenheit ist noch zu erwähnen, daß für das achte Kind der Familie, das 1933 zur Welt kam, der verstorbene Reichspräsident von Hindenburg Ehrenpatente war.

Der Seefeld-Prozess

Seefeld weiter schwer belastet.

DNB. Schwerin, 6. Febr. Nach dem gestrigen Lokaltermin im Seefeldprozeß begann das Schweriner Schwurgericht am Donnerstag, dem 15. Verhandlungstage, die Zeugenerhebungen zum Mordfall Heinz Zimmermann aus Schwerin.

Der damals zehnjährige Junge hatte am 23. Februar v. Js. frühmorgens die elterliche Wohnung verlassen, um sich nach dem Allengarten zu begeben, wo seine Klasse, die Wandertag hatte, antreten mußte. Dort ist Heinz Zimmermann nicht angekommen und seit dem Zeitpunkt fehlte zunächst auch jede Spur von ihm. Mit Hilfe von besonders abgerichteten Hundehunden des Polizeipräsidiums gelang es am 31. Mai v. J. die Leiche des Kindes in einer dichten Kiefernhecke südwestlich des Maler Weges in den Krebsförder Tannen aufzufinden. Der tote Knabe war nur wenig mit Erde bedeckt und darüber befand sich eine dicke Moosdecke. Wie in allen anderen Fällen die in der furchtbaren Mordserie erörtert werden, lag auch diese Leiche in typischer Schließstellung auf dem Rücken.

Zunächst wurde heute die bedauernswerte Mutter des auf so schändliche Art ums Leben gekommenen Jungen vernommen.

Eine andere Zeugin, die dann vernommen wurde, hat den kleinen Zimmermann gegen 9 1/2 Uhr gesehen, als er aus einem Zigarrenladen herauskam. — Durch die Aussagen einer weiteren Zeugin wird Seefeld wiederum äußerst stark belastet. Diese Zeugin schildert eine auffällige Begegnung, die sie zu der Zeit hatte, als der kleine Zimmermann verschwand. In der Nähe der ersten Schloßbrücke bemerkte sie um die Mittagsstunde einen alten Mann mit einem Jungen. Der Mann redete fortgesetzt auf das Kind ein und die Zeugin beobachtete, daß er gewaltsam die Rechte des Jungen eingekippt hatte. Es sah so aus, als ob das Kind nur widerwillig folgte. Der Mann verschwand dann mit dem Jungen durch den östlichen Laubengang. Der Zeugin fiel deshalb die Begegnung so auf, weil sie meinte, es handle sich um Großvater und Enkel, die sich zürnen hätten. Aus diesem Grunde hat sie sich auch den alten Mann genau angesehen, ohne allerdings an etwas Arges zu denken. Ebenso wie in der Vorunterjudung erkennt diese Zeugin den Angeklagten auch jetzt als den Mann wieder, der ihr damals so aufgefallen war. — „Er ist es ohne jeden Zweifel“, erklärt die Zeugin mit voller Sicherheit.

Vorsitzender: „Was sagen Sie dazu, Seefeld?“

Angeklagter: „Ich kann nur die eine Aussage machen, daß meine Person nicht in Frage kommt.“

Vorsitzender: Es könnten sich vielleicht ein oder zwei Zeugen irren, aber doch nicht so viele. Sie können doch diese ganzen Aussagen nicht mit Ihrer ständigen Redensart aus der Welt schaffen!“

Ein weiterer Zeuge begegnete dem Angeklagten unmittelbar darnach, als die vorige Zeugin die Beiden aus den Augen verloren hatte. Auch hier war Seefeld in Begleitung eines kleinen Jungen. Als die ersten Bilder Seefelds in der Zeitung erschienen, erinnerte der Zeuge sich an diese Begegnung, die ihm damals besonders aufgefallen war. Er sagt mit voller Bestimmtheit: „Ja, der Angeklagte ist der Mann, den ich damals gesehen habe.“

Vorsitzender: „Das ist der zweite Zeuge heute, der Sie wieder erkennt.“

Angeklagter: „Meine Person kommt nicht in Frage.“

Vorsitzender: „Denken Sie sich doch einmal etwas anderes aus als den dummen Schmaß: Meine Person kommt nicht in Frage. — Die Sache ist hier zu ernst!“

Auch weitere Zeugen, die dann gehört werden, haben den Angeklagten getroffen und erkennen ihn genau wieder. Einem Zeugen fiel das ungleiche Paar besonders auf, und er musterte den alten Mann deshalb ungewöhnlich scharf. Der Alte grüßte darauf mit „Guten Tag“. Der Junge erwiderte den Gruß und fragte, wie es komme, daß der Junge nicht in der Schule oder mit der Pflanzschule unterwegs sei; es sei wohl der Opa zu Besuch. Der Mann antwortete für den Jungen: „Ja, „Mein Inneres sagte mir: Hier ist etwas nicht in Ordnung“, betündete der Zeuge, „und ich wollte den Beiden schon nachgehen, dann wurde ich aber doch davon abgehalten, und der Alte verschwand mit dem Kinde.“

Auch dieser Zeuge erkennt Seefeld mit voller Sicherheit wieder.

Alle diese Zeugen erhärteten ihre schwer belastenden Aussagen mit ihrem Eide. Der Angeklagte antwortete auf alle Vorhalte mit seiner ständigen, verlogenen Redensart: „Das kommt für meine Person nicht in Frage.“

Ein weiteres Eingeständnis Seefelds.

DNB. Schwerin, 6. Febr. Am Schluß der Donnerstagverhandlung im Mordprozeß Seefeld hielt der Vorsitzende dem Angeklagten eindringlich die gesamten schwerwiegenden Verdachtsmomente vor, die sich wiederum gegen ihn ergeben haben. Zunächst sind da die Zeugen, die Seefeld mit dem kleinen Zimmermann zusammen gesehen haben und ihn alle bestimmt wiedererkennen. Hinzu kommt der außerordentlich belastende Umstand, daß Seefeld früher überhaupt befreit, am 23. Februar 1935 in Schwerin gewesen zu sein. Damals wollte er auch den Schüler A. nicht kennen. Als dann A. bekundet hatte, daß er den Angeklagten bestimmt getroffen habe, gab Seefeld schließlich, in die Enge getrieben, der Wahrheit die Ehre und gestand ein, in der fraglichen Zeit in Schwerin gewesen zu sein. Weiter hält der Vorsitzende dem Angeklagten in diesem Zusammenhang die bezeichnende Tatsache vor, daß Seefeld in der Schonung, in der Zimmermann gefunden wurde, bereits früher mit anderen Knaben Sittlichkeitsverbrechen begangen hatte.

„Schließlich“, sagt der Vorsitzende zum Angeklagten gewandt, „sind Sie am 23. Februar gegen 17 Uhr gesehen worden, diesmal war aber der kleine Zimmermann nicht mehr bei Ihnen. Auch einige Tage später haben Sie sich noch in der Gegend dort herumgetrieben und sind mehrfach beobachtet worden.“

„Nun sagen Sie, Seefeld“, erklärt der Vorsitzende mit erhobener Stimme, „wo sind Sie mit dem Jungen geblieben?“

Angeklagter: „Meine Person kommt nicht in Frage.“

Vorsitzender: Wenn das Gericht den Zeugenaussagen Glauben schenkt, und ich nehme das an, dann ist die Sache sehr schlimm für Sie. Es gibt nur eine Erklärung: Sie haben ein schlechtes Gewissen, weil Sie den Jungen umgebracht haben. Dieser eine Schluß ist mir möglich.“

Angeklagter: „Ich komme nicht in Frage. Die Kinder, mit denen ich zusammen war, leben alle noch.“

Auch auf weitere Vorhalte bleibt Seefeld bei seiner alten Verteidigungstaktik.

Am Freitag soll der Mord an dem Schüler Neumann erörtert werden.

Aus dem Gerichtssaal

Karlsruher Schöffengericht

Karlsruhe, 6. Febr. Wegen erschwerter Diebstahls im Rückfall verurteilte das Karlsruher Schöffengericht den 30 Jahre alten vorbestraften Edmund Fritz aus Steinwenden zu einer Zuchthausstrafe von zweieinhalb Jahren und drei Jahren Ehrverlust. Der Angeklagte war im November 1935 in das Büro einer Firma in der Wolfartsweierstraße eingebrochen und hatte einen Barbetrag von 1.35 RM. sowie eine Arbeitskarte entwendet. Aus einer Gartenhütte in der Hinterheimerstraße stahl er im gleichen Monat eine Gans im Werte von 15 RM. — In einem Jahr sechs Monaten Gefängnis wurde der 22jährige vorbestrafte Willi Schneider aus Durlach wegen Betrugs im Rückfall sowie gewinnfächtiger Urkundenfälschung verurteilt. Er hatte einer Basler Firma das Bewertungswort für ein Verfahren zur Herstellung zahnärztlicher Präparate für 10 000 Franken geben lassen, wobei er verschwiegen, daß er dieses Recht bereits anderweit in der Schweiz vergeben hatte; überdies unterzeichnete er den Vertrag mit einem falschen Namen.

Freiburger Schöffengericht tagt in Vörrach

Vörrach, 6. Febr. Das Schöffengericht Freiburg hatte am Dienstag hier in Vörrach drei Fälle zu verhandeln. Im ersten Fall hatte sich der Heilpraktiker Albert Mutter aus Schopfheim wegen Betrugs zu verantworten. Die Verhandlung ergab ein recht anschauliches Bild von der Tätigkeit eines Kurpfuschers von der Sorte des Angeklagten. Man sah auf dem Richtertisch u. a. einen selbstgebasteten Apparat, mit welchem er Patienten mit sog. Erdstrahlen behandelte, ein weiterer Apparat war ein Augenspiegel, mit welchem er sämtliche Krankheiten festgestellt haben wollte. Nach dem ärztlichen Gutachten handelt es sich aber bei diesen Apparaten um ganz wertlose Instrumente, die nur benötigt wurden, um den Patienten zu täuschen und obendrein noch finanziell zu schädigen. Außer diesen Kurpfuschereien behandelte der Angeklagte auch Geschlechtskrankheiten, die nach dem Gesetz nur von approbierten Ärzten behandelt werden dürfen. Der Angeklagte wurde zu einer Gesamtstrafe von fünf Monaten und zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Die Ausübung des Gewerbes eines Heilpraktikers wurde ihm auf die Dauer von drei Jahren untersagt. — Der zweite Fall betraf eine Unterschlagung betr. den Bevollmächtigten des hiesigen Bezirkswohnungsverbandes, Arthur Westermann. Der Angeklagte, der in vollem Umfang gefählig war, erhielt eine Gefängnisstrafe von vier Monaten und zwei Wochen. — Der letzte Fall betraf eine fahrlässige Tötung und zwar hatte ein Wagnermeister aus Nordrach im Herbst 1935 auf der Straße Degerfelden-Kollingen mit einem Personenauto einen folgenschweren Zusammenstoß. Der Angeklagte, der auf dem Motorrad saß, blieb unverletzt, hingegen verunglückte sein auf dem Sozius sitzender Freund tödlich. Anstelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe kam der Angeklagte, der einen guten Leumund besitzt, mit 250 RM. Geldstrafe davon.

Hohe Zuchthausstrafen für Hochverräter

Essen, 6. Febr. Vor dem in Essen tagenden 1. Senat des Volksgerichtshofes des Deutschen Reiches hatten sich sieben Angeklagte zu verantworten, die des Verbrechens der Vorbereitung zum Hochverrat durch Beschaffung und Verbreitung von Druckschriften hochverräterischen Inhalts sowie durch Einführung solcher Schriften aus dem Ausland angeklagt waren. Der Hauptschuldige wurde zu lebenslänglichem Zuchthaus und lebenslänglichem Ehrverlust verurteilt. Drei weitere Angeklagte erhielten ebenfalls wegen Vorbereitung zum Hochverrat 12, 10 und 8 Jahre Zuchthaus, dazu 10 bzw. 8 Jahre Ehrverlust.

Handel und Verkehr

Wöchentliche Berliner Devisenkurse vom 6. Februar

Argentinien (1 Pap.-Peso)	0,678	0,682
Belgien (100 Belga)	41,81	41,89
England (1 Pfund)	12,285	12,315
Frankreich (100 Fr.)	16,40	16,44
Holland (100 Gulden)	168,51	168,85
Italien (100 Lire)	19,80	19,84
Norwegen (100 Kr.)	61,71	61,83
Oesterreich (100 Schilling)	48,95	49,05
Schweden (100 Kr.)	63,34	63,46
Schweiz (100 Fr.)	81,02	81,18
Tschechoslowakei (100 Kr.)	10,28	10,30
U. S. v. Amerika (1 Dollar)	2,453	2,457

Der Reichsverkehrsminister gegen Erhöhung von Frachten und sonstigen Verkehrssteuern aus Anlaß der Transportverhältnisse

DNB. Berlin, 6. Febr. Aus Anlaß der Erhöhungen, die im Eisenbahnverkehr von und nach Ostpreußen eingetreten sind, hat der Reichsverkehrsminister am 6. Februar auf Grund der Vorschriften über die Preisüberwachung folgende Verordnung erlassen:

§ 1.
Es ist verboten, aus Anlaß der Einschränkung des Eisenbahnverkehrs zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reichsgebiet Entgelte auf dem Verkehrsgebiet über den Stand vom 1. Februar 1936 zu erhöhen.

Als Erhöhung ist es auch anzusehen, wenn die Leistungsbedingungen zum Nachteil des Verkehrsnutzers geändert werden.

§ 2.
Zur Vermeidung von besonderen Härten können Ausnahmen zugelassen werden. Die Anträge sind bei der bezirklichen Gliederung der zuständigen Reichsverkehrsgruppe anzubringen.

§ 3.
Die Durchführung dieser Verordnung und, soweit nicht im Einzelfall besonders bestimmt wird, die Zulassung von Ausnahmen nach § 2 wird übertragen

in Preußen für die Reichsverkehrsgruppen Seeschifffahrt Binnen-Schifffahrt, Expedition und Lagerei ange-schlossenen Unternehmer den Oberpräsidenten, im übrigen den Regierungspräsidenten, in den übrigen Ländern den obersten Landesbehörden oder den von diesen zu bestimmenden Behörden.

Zuständig ist die Behörde, in deren Bereich die Verkehrsleistung bewirkt wird, in Zweifelsfällen diejenige, von deren Bereich aus die Verkehrsleistung bewirkt wird.

Wer den Bestimmungen dieser Verordnung oder den zu ihrer Durchführung erlassenen Anordnungen oder Entscheidungen vorsätzlich oder fahrlässig zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe, deren Höchstmaß unbegrenzt ist, bestraft.

Die Vorschriften über Strafantrag und Ordnungsstrafen der §§ 13 bis 17 der Verordnung über Preisüberwachung vom 11. Dezember 1934 (RGBl. I Seite 1245) finden entsprechende Anwendung.

§ 5.
Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Abonniert das „Durlacher Tageblatt“

„Geben ist seliger denn Nehmen“. Geben und Nehmen aber bedeutet am 8. Februar der Abend zu Gunsten des Winterhilfswerkes in der „Festhalle“!

SKALA Lichtspiele Markgrafen

Diese Woche müssen Sie unsere beiden Programme gesehen haben, denn jedes ist auf seinem Gebiet eine Sonder-Leistung!
Heute u. folgende Tage:



Viktoria

Die Geschichte einer Liebe!
Luise Ullrich als »Viktoria«, Mathias Wiemann als »Johannes«, beide in Rollen, die wohl die stärksten in ihrer bisherigen Laufbahn sind. — Weitere Darsteller: Alfred Abel, Erna Morena, Theodor Loos usw.

Das schönste Buch der modern. Literatur als Tonfilm!
Jugendliche über 14 Jahre haben Zutritt!

Ab heute



Ein köstliches Filmspiel mit glänzender Besetzung:
Hilde Hildebrand, W. Liebeneiner, Lien Deyers, Eugen Rex usw.

Ein Feuerwerk lustiger Einfälle beherrscht diese meisterliche Filmkomödie.

Der Schlager des Films
„Oh, Exzellenz, Oh Exzellenz in ihrer kleinen Residenz, da stimmt was nicht, da stimmt bestimmt was nicht“
wird auch der Schlager Durlachs werden!

NS-Volkswohlfahrt
Durlach

Landespolizei-Abteilung
Durlach

Einladung

zum großen

»Bunten Abend«

am **Samstag, den 8. Februar 1936, 20 Uhr** in sämtlichen Räumen der „Festhalle“ Durlach, zu Gunsten des Winterhilfswerks des Deutschen Volkes unter Mitwirkung von
Staatsschauspieler Paul Müller
der Tanzschule Mertens-Leger
dem Musikkorps der Landespolizei
einer Abteilung der Landespolizei-Abteilung.

BALLMUSIK

Eintrittspreis: 1.— RM
Vorverkauf: Karl Schwiers, Musikalienhdlg. ehem. Musikhaus Weiß, Uniformgesch. Nagel
Durlach, den 5. Februar 1936.

Der Ortsgruppenbeauftragte für das WHW
Balschbach.

Saalöffnung 19 Uhr
Der Kommandeur der Landespolizei-Abteilung Durlach
Philipp, Major.

Neue Karlsburg

1. Kappenabend

Am Sonntag, 9. Februar
Stimmung
Getränke und Küche in
bekanter Güte
Gulat.

Spielvereinigung 1910 Durlach-Aue

Samstag, den 8. Februar 1936 in sämtlichen Räumen des „Deutschen Hauses“ (Aue)



Großer Masken-Ball

2 Kapellen! Anfang 8 Uhr
2 Kapellen! Ende 7

Hierzu sind alle Närrinnen u. Narren herzlich eingeladen.
Der Dreiererrat.

Eintrittspreise: Mitglieder und Damen RM —.55
Nichtmitglieder RM —.80

Närrische Kopfbedeckung obligatorisch und am Saaleingang erhältlich.

Danksagung.

Allen, die uns beim Heimgang meines lieben Mannes, unseres unvergeßlichen Vaters

Ludwig Born

Landwirt

ihre Teilnahme an unserem schmerzlichsten Verlust bezeugten, sagen wir auf diesem Wege unseren innigsten Dank. Besonderen Dank Herrn Stadtpfarrer Schneider für seine trostreichen Worte. Auch vielen Dank dem Militärverein, der Landw. Ein- u. Verk-Gen, dem Turnerbund, der Zentral-Gen. Karlsruhe und nicht zuletzt der Reichsvereinigung ehem. Kriegsgefangener Ortsgruppe Durlach für ihre Kranzniederlegungen und ehrenden Nachrufe. Vielen Dank für die schönen Blumen- u. Kranzspenden und allen die unseren lieben Entschlafenen zur letzten Ruhe begleiteten.

DURLACH-AUE, den 6. Februar 1936.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Lina Born Wtw. nebst Angehörigen.

I. Kraft-Sport-Verein Durlach.

Sonntag, den 9. Febr. 36, mittags 3 Uhr in der Gymnasium-Turnhalle

Verbandskampf im Ringen Grötzingen — Durlach

wozu freundlichst einladet
Der Vereinsführer.

Guterhalt moderner Kinderwagen zu verkaufen.
An erfragen im Verlag.

Immer noch schöne Auswahl in

Winter-Textilien

für groß und klein, sowie
Handschuhe, Strümpfe, Socken etc.
empfehlen

Lenz, Adolf Hitlerstraße 69.

Stenographiefachschule

Kurzschrift / Maschinenschreiben
Schönschreiben / Rechtschreiben

B. Huttenrieth

Staatl. geprüft am Landesamt Dresden
Turmbergstr. 18, Telefon 119

Zum Eintopf prima

ig. Hammelfleisch

Wilhelm Bühler, Metzgerei

Durlach, Adolf Hitlerstraße 26. Groß- u. Kleinverkauf.

„Kaffee Waldeck“

Morgen Samstag, den 8. Februar 1936
abends 7.61 Uhr
findet ein fideles

Kappen-Abend

statt.
Polizeistundenverlängerung!
Schöner Konfirmandenanzug
wenig getr., billig zu verkaufen
Weinartenstraße 7, III.

»Zur Sonne«

Am Samstag närrischer

Kappenabend

statt.
Polizeistundenverlängerung!
Schöner Konfirmandenanzug
wenig getr., billig zu verkaufen
Weinartenstraße 7, III.

Tanzschule Goldschmidt

Adolf Hitlerstrasse 76a

Kursbeginn

Mittwoch, 19. Febr.
abends 1/2 9 Uhr
Anmeldungen u. Einzel-Unterricht jederzeit.

Sreibank.

Heute nachmittag ab 2 Uhr
u. Samstag früh ab 8 Uhr wird

innges gutes

Ruhfleisch

ausgehauen.



3 gute Badenser

Bischoffinger Sylvaner . 1.05
Blankenhornsberger Gut-
edel 1.50
Affenthaler Burgunder
Beerwein rot 1.40
in Literflaschen. Drei naturreine
volle Edelweine.

Schurhammer

das Haus für gute Weine.

Badisches Staatstheater

Heute Freitag, 7. Febr. 1936, 20 Uhr

Gastspiel

Hildegard Ranczak „TOSCA“

Die bedeutendste Sängerin der Münchener Staatsoper u.
Karl Hauß, Opernhaus Hannover

Musikdrama von Puccini
Außer. Miete

Außer Miete

Nur noch heute und morgen
dauert der billige
Inventur-Verkauf

Benützen Sie die
beiden Tage zum
Einkauf bei

Schuh-Albrecht